

# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

\*\*\*\*\*

Politik/IV/180

Hannover, 30. November 1949

## Hochschulreform und politische Wissenschaften

Von Professor Dr. W. Abendroth

Als vor längerer Zeit auf englische Initiative unter dem Vorsitz von Dr. h. c. Everling ein Sachverständigenausschuss die Probleme der westdeutschen Hochschulreform zu klären begann, war man sich darüber einig, dass der bisherige akademische Unterricht zu stark in fakultätsgebundenes Fachdenken abgesunken war und dass die politische Hilflosigkeit der deutschen Intellektuellen und ihre Anfälligkeit für nationalsozialistische Irrlehren, die sich seit der grossen Krise von 1930 vor aller Augen erwiesen hatte, mindestens teilweise durch diese Beschränkung auf bloss fachliches Denken verursacht war. So sehr nun der Ausschussbericht die Notwendigkeit eines "studium generale" betonte, so wenig vermochte er dieses "studium generale" inhaltlich zu bestimmen: Ein grosser Teil der Hochschullehrer sah und sieht in diesem allgemein wissenschaftlichen, nicht fachgebundenen Studium lediglich ein Mittel, Lücken der üblichen humanistischen Bildung auszufüllen, die durch die Unzulänglichkeit des Unterrichts der höheren Schule entstanden sind.

Demgegenüber war es ein erfreulicher Fortschritt, dass eine kürzlich auf Veranlassung des hessischen Staatsministeriums in Waldleiningen zusammengetretene Konferenz von Hochschullehrern und Vertretern der Kultus- und Justizministerien der westdeutschen Länder sich dahin entschieden hatte, es sei erforderlich, den Studierenden eine umfassende Einführung in die Probleme der politischen Wissenschaften auf der Hochschule zu vermitteln. Dieses Programm stiess allerdings trotz seiner Unterstützung durch so bedeutende Gelehrte wie Geheimrat Prof. Dr. Alfred Weber und Prof. Dr. Karl Geiler in breiten Hochschulkreisen auf lebhaften Widerstand. Es wurde eingewandt, dass es wissenschaftlich nicht zulässig sei, die üblichen Fach- und Fakultätschranken zu durchbrechen und dass ein der deutschen wissenschaftlichen Tradition angepasster Begriff der politischen Wissenschaften noch nicht entwickelt sei. Das zweite Argument ist deshalb nicht ganz

unbegründet, weil die deutsche Wissenschaft sich trotz hoffnungsvoller Anfänge im vorigen Jahrhundert nach dem endgültigen Siege des bürokratisch-monarchistischen Preussen über die liberale Bewegung des deutschen Bürgertums der politischen und sozialen Wirklichkeit stark entfremdet hatte. Sie überliess das Feld wissenschaftlicher Erörterung des politischen und sozialen Lebens im wesentlichen den demokratisch organisierten Nationen und dem wissenschaftlichen Sozialismus, der vom Hochschulleben ausgeschlossen war. Ein kurzer Rückblick auf die Beziehungen zwischen den Hochschulen und der Weimarer Republik genügt jedoch, um die Gefahr zu charakterisieren, die entsteht, wenn der demokratische Staat abermals versäumte, Garantien dafür zu schaffen, dass die jungeakademische Generation den Zusammenhang zwischen ihren Fachgebieten und der politischen und sozialen Wirklichkeit richtig sehen lernt.

Deshalb ist es eine der dringlichsten Aufgaben der Hochschulreform, die Entwicklung der politischen Wissenschaften in Deutschland aufzunehmen und die jungen Studenten zur Beschäftigung mit diesen Problemen anzuhalten. Und es wäre gefährlich, wenn die Kultusministerien entsprechend den Vorschlägen der Rektorenkonferenz der Hochschulen sich bereitfänden, die Beschäftigung mit wissenschaftlich erörterten, politischen Problemen dem freien Belieben der Studenten zu überlassen. Wenn man bedenkt, dass der Grossteil der deutschen Hochschullehrer selbst in geistigen Zusammenhängen gross geworden ist, die zwar hohes fachliches Niveau garantierten, aber politisches Denken vernachlässigten und deshalb dem Aufstieg des Dritten Reiches ebenso hilflos gegenüberstand wie die von ihnen betreute Studentenschaft, so wird der ganze Umfang der Gefährdung erkennbar, der die junge deutsche Demokratie ausgesetzt wäre, würde sie diese Probleme vernachlässigen. Darum ist es eines der entscheidendsten Erfordernisse jeder Hochschulreform, die darauf Anspruch erhebt, der gegenwärtigen geistigen und politischen Situation gerecht zu werden, sich eindeutig zum Gedanken eines "studium generale" unter dem Vorzeichen der politischen Wissenschaften zu bekennen und die Entwicklung solcher Kernpunkte zur Entwicklung systematischer politischer Forschung in jeder Beziehung zu unterstützen, wie sie sich in der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven und in der Hochschule für Politik in Berlin gebildet haben. Dabei kann durchaus an die fachliche Forschung derjenigen traditionellen Wissenschaftsgebiete angeknüpft werden, die den Bereich des Politischen erschliessen, also vor allem des öffentlichen Rechts, des Sozialrechts, der Wirtschaftswissenschaften, der neueren Geschichte, der Soziologie und der Sozialpsychologie.

Stalin "konzentriert" die Juden

sp. Nur in wenigen Fällen konnte man die Doppelzüngigkeit sowjetischer Politik besser beobachten als in der Einstellung Russlands und der Volksdemokratien zum Zionismus und zur jüdischen Bevölkerung. Russland gehörte zu den ersten, die den neu entstandenen Staat Israel im vorigen Jahr anerkannten. Zur selben Zeit begann jedoch in der Sowjetunion und seinen Satellitenstaaten eine ausgesprochene antizionistische und antisemitische Hetze, in deren Gefolge viele jüdische Künstler und Wissenschaftler als "heimatlose Kosmopoliten" beschimpft und ihrer Funktionen enthoben wurden.

Der Kommunismus, der vorgibt, die Frage der nationalen Minderheiten vorbildlich in Russland gelöst zu haben, kann natürlich nicht zulassen, dass seine jüdischen Staatsbürger zu Tausenden ein Leben in Israel vorziehen würden. Eine Massen-Emigration von Juden aus der SU und den Volksdemokratien würde als eine politische Demonstration, als Votum gegen den Staat, aufgefasst werden. Daher haben die Kommunisten in allen von ihnen beherrschten Gebieten eine systematische antizionistische Kampagne begonnen.

Die fast drei Millionen Juden in Russland sollen nun endlich völlig gleichgeschaltet werden. Während man wenige Jahre nach der Revolution einen besonderen jüdischen Staat in Birobijan schuf, um damit einerseits dem Bedürfnis nach jüdischer Eigenstaatlichkeit entgegenzukommen und andererseits ein politisches Gegengewicht gegen die zionistischen Aspirationen in Palästina zu haben, ist man heute zur Erkenntnis gekommen, dass diese Politik erfolglos war. Die Moskauer Prozesse der 30er Jahre und die andauernden Säuberungsaktionen haben besonders in Birobijan, wie überhaupt unter den Juden in Russland, grosse Lücken gerissen. Die Beschuldigung des "Trotzkismus", dann des "heimatlosen Weltbürgertums" und heute des "Titoismus", sind oft nur ein durchsichtiger Vorwand für ausgesprochen antisemitische Aktionen. Im Gefolge dieser Politik werden jetzt zwangsweise Tausende von Juden aus der Ukraine nach Birobijan verschleppt. Sie finden dort freilich nicht mehr den blühenden jüdischen Staat kommunistischer Prägung, sondern ein fernöstliches Arbeitslager mit entsprechenden Lebensbedingungen. Die Juden, die ihrer ganzen Tradition nach westlichen Ideologien zugänglich sind, sollen damit aus den westlichen

Grenzgebieten entfernt werden.

Wenn auch die Volksdemokratien noch nicht zu solchen Massnahmen geschritten sind, so nimmt bereits auch dort der Kampf gegen jüdische Institutionen deutlichere Formen an. In Polen z.B. sind jetzt alle jüdischen Einrichtungen und die jüdische Presse von der Regierung entweder übernommen oder aufgelöst worden. Dahinter steht die Absicht, den Kontakt mit dem Ausland zu unterbinden. Die Jüdische Gemeinde wird in Zukunft keine selbständige Körperschaft mehr sein, sondern lediglich als eine Abteilung im polnischen Innenministerium fungieren. Die ausländischen Hilfsorganisationen sind aufgefordert worden, das Land zu verlassen. Alle Fonds, die zum Zwecke der Auswanderung gesammelt wurden, sind unter Staatskontrolle gestellt worden und 30.000 Juden (von etwa 80.000), die in den nächsten sechs Monaten nach Israel auswandern wollen, können dies nur tun unter Verzicht auf polnische Staatsbürgerschaft. Dieser Schritt wird in der Praxis die Auswanderung verhindern. Hinter der Fassade des Antizionismus verbergen sich hier klare antijüdische Massnahmen.

H.P.

\*\*\*

#### Mit zweierlei Mass

---

sp. Auf Ersuchen des NWDR hat die britische Militärregierung am 19. August die von ihr erlassenen Satzungen des NWDR dahin abgeändert, dass dem NWDR nunmehr das bisher nicht bestandene Sendemonopol für die Länder der britischen Zone verliehen wurde. Für dieses Monopol bestand nicht die geringste Veranlassung, wobei auch das Datum des Erlasses bemerkenswert erscheint. Für die Besatzungsmacht ist es eine Frage des politischen Taktgefühls, zu entscheiden, ob es angebracht war, nach Inkrafttreten der Bundesverfassung diese Verordnung noch aufrechtzuerhalten.

Man hätte erwarten dürfen, dass zumindest die deutsche Leitung des NWDR dieses unverständliche Vorgehen der Militärregierung nicht förderte. Professor Reskop, der CDU-Verwaltungsratsvorsitzende des NWDR, hätte seine Einflussmöglichkeiten gebrauchen sollen, um auch auf dem Gebiet des Rundfunks die Selbständigkeit der von deutscher Seite bestimmten Entscheidung zu wahren, auf deren Notwendigkeit seine Partei so häufig hinweist. Das Gegenteil war der Fall. Im Interesse seiner Monopolisierungspläne hat er es vorgezogen, die deutsche Ent-

wicklungsfreiheit einengen zu helfen.

Die Sonderstellung des NWDR, resultierend aus dem Gebührenmonopol und dem Fehlen des Finanzausgleichs zwischen den Sendern, wird durch das Sendemonopol weiter gefestigt. Diese Entwicklung erzwingt die britische Militärregierung zu der gleichen Zeit, zu der sie unter Hinweis auf die Gefahr einer Monopolbildung im Pressewesen jede Zulassungskontrolle für Zeitungen abschafft. Es leuchtet nicht ein, warum hier mit zweierlei Mass gemessen wird.

\*\*\*

#### Kommuniquee zur Konferenz mit Morgan Phillips

sp. Zwischen dem Generalsekretär der britischen Labour Party, Morgan Phillips, und Mitgliedern des Vorstandes der SPD fand am

29. November in Bonn eine ausführliche und kameradschaftliche Aussprache über alle aktuellen Fragen statt, die beide Parteien berühren.

Der Vorsitzende der Labour Party, Sam Watson, konnte, entgegen seiner ursprünglichen Absicht wegen einer Erkrankung an dem Deutschlandbesuch nicht teilnehmen.

Morgan Phillips ist nach Deutschland gekommen, um sich politisch so gründlich wie möglich bei der befreundeten Sozialdemokratischen Partei zu informieren und um alle auch nur möglichen Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Parteien von vornherein aus dem Wege zu räumen.

Das geschah im Verlauf einer sehr freimütigen und offenen Aussprache. Es wurde ein Ausbau des ständigen Kontaktes zwischen der Labour Party und der SPD vereinbart.

Bei dieser Gelegenheit gab der erste Vorsitzende der SPD, Dr. Kurt Schumacher, einen kurzen Überblick über die aussenpolitische

Situation der letzten Jahre, vor allem soweit sie sich am Demontageproblem darstellt und über die sozialdemokratische Beurteilung der

Situation nach dem Abschluss des Abkommens vom Petersberg. Der Wert des jetzt erreichten Demontagestopps werde sich erst erweisen, so

sagte er, wenn man anhand praktischer Untersuchungen feststellen könne, was diesen Betrieben an Leistungskraft und Lebensfähigkeit im

Sinne einer echten Prosperität geblieben sei. Die Demontagefrage sei für die deutsche Sozialdemokratie in der innerdeutschen Auseinandersetzung, aber auch im Verhältnis zu den Besatzungsmächten noch lange nicht gelöst.

\*\*\*

Labour sehr zuversichtlich

sp. Morgan Phillips, der Generalsekretär der englischen Arbeiterpartei erklärte während seines Aufenthaltes in Bonn:

"Ich bin glücklich, dass ich wieder in Deutschland bin, um meine Bekanntschaft mit den Führern der Sozialdemokratischen Partei zu erneuern. Es liegt mir sehr daran, die Beziehungen unserer beiden Parteien so eng wie möglich zu gestalten, weil wir jede eine wichtige Rolle bei der Erhaltung des Weltfriedens und in der Schaffung einer Gesellschaftsordnung zu spielen haben, in der wir die Vollbeschäftigung, einen hohen Lebensstandard, ausreichende soziale Fürsorge und die vollsten demokratischen Freiheiten für jedermann sichern können. Wir werden in England bald vor allgemeinen Wahlen stehen. Wir beginnen den Kampf in vollem Vertrauen. Unsere Mitgliedschaft ist dreimal so hoch wie 1945. Die durch die Einzelmitgliedschaft in den Gewerkschaften zu uns gehörenden Mitglieder betragen fünf Millionen, die höchste Zahl, die wir je in der Geschichte unserer Partei erreicht haben. Wir haben unsere Parteiorganisation im ganzen Land verbessert. Obgleich die reaktionären Kräfte das Äusserste tun werden, sind wir sehr zuversichtlich, dass wir den Sieg von 1945 wiederholen werden, und dass es uns gelingen wird, das gute Werk fortzusetzen.

\*\*\*

Arbeiterwohlfahrt und Flüchtlinge.

sp. Der Hauptvorstand der Arbeiterwohlfahrt hat sich erneut mit der Frage der Flüchtlinge befasst. Er vertrat bei dieser Gelegenheit den Standpunkt, dass es sich hierbei um ein Zentralproblem Deutschlands handele, welches aber nicht von Deutschland allein gelöst werden könne. Vielmehr müsse die UNO die Bedeutung dieses Problems voll erkennen und sich mit ihm befassen. Die Bestellung eines Hohen Kommissars für das Flüchtlingswesen hält der Hauptvorstand der Arbeiterwohlfahrt für unbedingt notwendig. Er vertritt die Ansicht, dass die deutschen Flüchtlinge aus den Ostgebieten die Gewissheit haben müssen, dass sie in den Westzonen eine Zuflucht finden können.

\*\*\*

Aufstieg der "Naturfreunde".

sp. Kürzlich fand in Zürich eine Beratung der "Naturfreunde-Internationale" statt, wobei auch Deutschland vertreten war. Es wurde die Einberufung des nächsten Kongresses für Pfingsten 1950 nach Strassburg beschlossen. Den Einzelberichten zufolge befindet sich die Naturfreunde-Bewegung in einem erfreulichen Aufstieg. Fast aus allen Ländern wird ein stetes Wachstum gemeldet. Vor allem konsolidiert sich die Bewegung in Deutschland und Österreich. So verfügt z.B. der Landesverband Österreich über einen Bestand von 90 eigenen Naturfreunde-Häusern und Deutschland über 150. Man erwartet in Naturfreundekreisen mit der Öffnung der Grenzen und der Erleichterung im Devisenverkehr eine beträchtliche Zunahme der Naturfreunde-Touristen-Bewegung.

\*\*\*